



Neues aus Düsseldorf

Ausgabe 06/2019

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

Jom Kippur ist der höchste jüdische Feiertag. Er ist ein Tag der Sühne und Vergebung – jüdische Gläubige bringen Opfergaben, beten und fasten. Jom Kippur ist ein Tag der Stille. Diese Stille hat am vergangenen Mittwoch ein rechter Terrorist in Halle jäh zerrissen. Zwei Menschen wurden sinnlos ermordet, weitere wurden verletzt. Über Stunden versetzte der Täter unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in einer Synagoge im Paulusviertel von Halle in Angst und Schrecken. Und warum? Offenbar aus purem Hass. Es war eine Tat mit rechtsextremistischen Motiv. Das hat der Täter gestanden. Es heißt, er sei ein Einzeltäter gewesen. Aber was will man uns damit sagen? Dass wir es hier nicht mit einem gesellschaftlichen Phänomen zu tun haben? Das Gegenteil ist der Fall. Seit Jahren steigt die Anzahl der Gewaltdelikte durch rechtsradikale Tatverdächtige kontinuierlich an. Auch die Zahl antisemitischer Straftaten nimmt stetig zu. Alles Einzeltäter? Nein, denn diese Menschen sind nicht allein. Sie sind miteinander vernetzt und sie verbindet eine menschenverachtende Ideologie. Wir müssen uns endlich bewusst werden, dass unsere offene und freie Gesellschaft von Rechts bedroht wird. Und dagegen müssen wir sowohl politisch als auch gesellschaftlich aktiv werden. Wir als SPD-Fraktion werden das Thema nicht wieder von der Tagesordnung lassen. Wir werden Druck machen und für unsere offene und freie Gesellschaft eintreten.

Was fordern wir?

1. Wir benötigen mehr Maßnahmen zur Demokratieförderung. Es geht um die Stärkung der politischen Bildung. Konkret heißt das: mehr Geld! Und zwar sowohl vom Bund als auch von den Ländern. CDU und CSU müssen dazu im Bund ihre Blockade gegen ein Demokratiefördergesetz aufgeben!
2. Ein Lagebild Antisemitismus und Diskriminierung fehlt bisher völlig. Das brauchen wir aber dringend, um deutlich zu machen, wie groß die Bedrohung ist und welche Maßnahmen wir dagegen setzen können.
3. Nur im Schulterschluss mit allen gesellschaftlichen Akteuren können wir den Kampf gegen Rechts führen. Daher fordern wir ein gemeinsames Aktionsbündnis, das alle relevanten Institutionen an einen Tisch bringt, um die erforderlichen Maßnahmen umzusetzen. Auch das von Rot-Grün eingeführte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus muss von der schwarz-gelben Landesregierung konsequent weitergeführt und ausgebaut werden.
4. Für religiöse Einrichtungen wie Synagogen und Moscheen müssen verstärkte Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden.
5. Unsere Sicherheitsbehörden müssen für rechtsextreme Taten stärker sensibilisiert werden, z.B. durch eine/n Antisemitismusbeauftragte/n in der Polizei.

Das sind nur wenige Beispiele, die exemplarisch dafür stehen, was jetzt getan werden muss. Wir als SPD-Fraktion werden darauf drängen, dass Maßnahmen wie diese umgesetzt werden.

Das sind wir den Opfern, das sind wir unserer freien und offenen Gesellschaft schuldig.

Mit nachdenklichen Grüßen

André Stinka MdL

ERINNERUNG AN DIE MONTAGSDEMONSTRATIONEN IN LEIPZIG



Bereits zum 30. Mal jährte sich am 9. Oktober der Tag, an dem sich die BürgerInnen Leipzigs zur ersten Montagsdemonstration gegen das SED-Regime zusammenfanden. Es war der Beginn der Friedlichen Revolution, die schließlich zur Wiedervereinigung Deutschlands führte.

Woche für Woche versammelten sich immer mehr Menschen montags auf dem Leipziger Nikolaikirchhof und in anderen Städten, um für ihre Freiheit und Demokratie auf die Straße zu gehen. Mehr als 70.000 Menschen ließen sich nicht von der bewaffneten Staatsmacht beeindrucken. Trotz großer Angst versammelten sie sich am 9. Oktober 1989 in Leipzig, um für ein freies Leben zu demonstrieren. Dieser 9. Oktober ist zweifelsohne ein Schlüsseldatum in der deutschen und europäischen

Geschichte. An diesem Tag zeigte sich, dass das SED-Regime seinem Ende entgegensah. Der Fall der Berliner Mauer war die logische Konsequenz. Das alles und was daraus folgte, ist Teil unserer Geschichte.

Damit diese Geschichte lebendig bleibt, müssen wir die Erinnerung an den Mut der Menschen hochhalten, denen wir die Friedliche Revolution zu verdanken haben. Deshalb haben wir die Landesregierung mit unserem Plenartrag dazu aufgefordert, dem historisch-politischen Unterricht in den Lehrplänen unserer Schulen mehr Raum zu geben. Wir brauchen dafür dringend innovative pädagogische Konzepte und Vermittlungsstrategien. Denn noch immer gibt es zu große Wissensdefizite über die Wesensmerkmale von Diktatur und Demokratie. Das Wissen darum ist aber entscheidend, um zu erkennen, dass Grundrechte keine Selbstverständlichkeit sind, sondern immer wieder neu verteidigt werden müssen.

30 Jahre nach der Friedlichen Revolution und dem Mauerfall kommt es darauf an, die Erinnerung an diese Ereignisse wachzuhalten.

[Drucksache: 17/7540](#)

MEINUNG: KLIMASCHUTZPAKET

Im Oktober-Plenum wurde auch das von der Bundesregierung verabschiedete Klimaschutzpaket diskutiert.

Das Klimaschutzpaket besteht aus zwei Komponenten: dem Klimaschutzprogramm 2030 und dem Klimaschutzgesetz (KSG). Hierdurch soll sichergestellt werden, dass Deutschland bis 2030 das versprochene Treibhausgas-Reduktionsziel von 55% gegenüber 1990 tatsächlich einhält und langfristig 2050 die Treibhausgasneutralität erreicht. Das Klimaschutzgesetz ist ein Meilenstein in der deutschen Umwelt- und Klimapolitik. Zum ersten Mal werden die Treibhausgas-Reduktionsziele rechtlich verbindlich festgelegt und die Verantwortung in die einzelnen Fachressorts übertragen. Damit können die BürgerInnen und auch die Wirtschaft transparent die Ziele nachvollziehen und verlässlich für die Zukunft planen. Das Klimaschutzprogramm 2030 bündelt eine Reihe von Maßnahmen wie ordnungsrechtliche Ansätze, Preisanreize und Förderungen in den relevanten Sektoren (Energie, Industrie, Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft). Die Beurteilung der Wirksamkeit der Maßnahmen ist diskutabel. So hätte ich mir einen höheren Einstiegspreis bei der CO₂-Bepreisung vorstellen können. Gut ist aber, dass nun verbindlich der Kohleausstieg bis 2038 geregelt wird. Insgesamt wird die Bundesregierung in den nächsten vier Jahren 54 Milliarden Euro für Klimaschutzmaßnahmen investieren. Bundesumweltministerin Svenja Schulze konnte das Klimapaket gegen alle Widerstände aus der CSU und CDU durchbringen. Deshalb stellt dieses Klimapaket einen ersten wichtigen Schritt in der Transformation zu einer CO₂-neutralen Gesellschaft dar. Klimaschutz ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und benötigt eine breite gesellschaftliche Akzeptanz. Akzeptanz kann allerdings nur geschaffen werden, wenn die Belastungen gerecht verteilt werden. Denn den großen CO₂-Fußabdruck hinterlassen nicht die Menschen mit wenig Geld, sondern Menschen die über einen hohen Lebensstandard verfügen. Belastungen durch Umweltmaßnahmen die nicht zu einer sichtbar höheren Umweltqualität führen oder nur bestimmten sozialen oder regionalen Gruppen zu Gute kommen, verlieren rasant an Akzeptanz. Die Klimawende kann aber nur dann erfolgreich werden, wenn sie für alle funktioniert. Für uns Sozialdemokraten ist das Klimapaket der Bundesregierung ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es ist der Anfang eines Prozesses, den wir auf den Weg gebracht haben. Daran müssen wir jetzt kontinuierlich weiterarbeiten.

Meine Rede im Plenum kann man sich [hier](#) anschauen.

Jugendwerkstatt 2019

„Faires NRW“

EINLADUNG

DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG NRW



NRW
DIE FRAKTION

SPD

Wie garantieren wir eine nachhaltige, sozial gerechte, klimaschonende und faire Zukunft? Wie können wir innerhalb der Belastungsgrenzen unseres Planeten und der Achtung der Menschenrechte eine nachhaltige Entwicklung im Großen wie im Kleinen erreichen? Wie können wir dazu beitragen, dass nachhaltig gewirtschaftet, fair beschafft und bewusster konsumiert wird? „Think Global – Act Local“ ist bei der Herangehensweise dieser Fragen unser Motto. Wir laden Dich zu uns in die SPD Fraktion ein, um politische Antworten auf diese Fragen zu erarbeiten. Das Land Nordrhein- Westfalen kann mehr zu einer zukunftsfähigen, sozial gerechten und ökologischen Politik für unsere Städte und Gemeinden beisteuern. Mithilfe der Jugendwerkstatt möchten wir hier unseren Blickwinkel erweitern – denn Nachhaltigkeit muss vor allem vor Ort stattfinden.

Aus diesem Grund lädt die SPD-Fraktion im Landtag NRW bis zu 15 Personen im Alter von 18 bis 27 Jahren am 22.11.2019 zur 1. Jugend-Werkstatt ein.

Bewirb Dich bis zum 07.11.2019 und arbeite mit an einer parlamentarischen Initiative der SPD-Fraktion.

Sende deine Bewerbung mit einer kurzen Vorstellung von Dir und Deiner Motivation an fairgehtmehr@spd-fraktion-nrw.de.

Ein neues Beteiligungsformat, das mit Deinem Engagement zum Leben erweckt wird. Ihr sammelt Ideen, diskutiert und entwickelt Lösungsansätze für die Herausforderungen unserer Zeit. Die Ergebnisse fließen direkt in die parlamentarische Arbeit der SPD-Fraktion ein. Die Kosten für Reise und Verpflegung werden von uns übernommen.

BESUCH DER VERBRAUCHERZENTRALE DÜLMEN



Anfang Oktober habe ich mich mit Vertreterinnen der Verbraucherzentrale in Dülmen getroffen, um über aktuelle Probleme und Herausforderungen zu sprechen. Die Leiterin der Beratungsstelle Dülmen, Susanne Terwey und die Regionalleiterin Beate Hollands-Lohölter haben mir zunächst ihr umfassendes Beratungsangebot erläutert. Dabei berichteten beide mir, dass es hauptsächlich im Bereich der Telekommunikation Beratungsbedarf gibt. Vor allem Mobilfunkverträge, die in Handyshops abgeschlossen würden und häufig intransparente Vertragsinhalte enthielten, seien häufig Gegenstand der Beratung. Terwey fordert deshalb, die seit zwei Jahren geltende Verordnung zur Auslage von Produktinformationsblätter in Handyshops, in denen alle Konditionen übersichtlich dargestellt werden sollen, flächendeckend umzusetzen.

Ein aktuelles Thema ist außerdem die Insolvenz von Thomas Cook. „Bei uns haben Familien und junge Paare angerufen, die ihr Ersparnis für eine Pauschalreise ausgegeben haben, die sie jetzt nicht mehr antreten können“, sagte mir Terwey.

Problematisch sei, dass die Insolvenzversicherung von Pauschalreiseunternehmen in Deutschland bei 110 Millionen Euro gesetzlich gedeckelt ist. Dies würde gerade einmal ein Drittel der angefallenen Kosten der Reisenden begleichen. Hollands-Lohölter fordert deshalb, diese Summe dringend zu erhöhen.

Ich schätze die Arbeit der Verbraucherzentralen sehr, da sie in Problemfällen schnell und unkompliziert Hilfestellungen für die VerbraucherInnen bieten können.

RUNDER TISCH GEGEN LEHRERMANGEL FÜR BILDUNGSGERECHTIGKEIT



Dass die Bewältigung des Lehrkräftemangels eine Herkulesaufgabe ist, wird immer deutlicher. Damit wird aber auch immer klarer, dass diese Aufgabe nur gemeinsam mit allen Akteuren aus dem Schul- und Bildungswesen sowie den Fraktionen, Lehrgewerkschaften, BildungswissenschaftlerInnen, LandesschülerInnenvertretung und Landeselternschaft zu bewältigen ist. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass die Versorgungslage an unseren Schulen dramatischer ist, als bisher angenommen. Allein an den Grundschulen fehlen bis 2025 über 26.000 Lehrkräfte. Wir fordern die Landesregierung erneut dazu auf, Lösungsmöglichkeiten und Maßnahmen mit allen Beteiligten zu erarbeiten. Dazu haben wir in der letzten Sitzungswoche im Oktober einen Antrag eingebracht.

[Drucksache: 17/7541](#)

INNOVATION UND TRADITION HAND IN HAND - ZU BESUCH IN DERFLEISCHEREI LASCHKE

Vor kurzem habe ich die Fleischerei Laschke in Heek besucht. Im Gespräch habe ich erfahren, dass die gesamten Produkte in der Fleischerei noch selbst in handwerklicher Familientradition hergestellt werden. Besonders der mehrfach ausgezeichnete Westfälische Knochenschinken gehört zum Markenzeichen der Fleischerei.



Fleischermeister und Fleischsommelier Christoph Laschke führt den Familienbetrieb bereits in dritter Generation. Selbst Vater Lothar Laschke, der 2018 seinen Diamantenen Meisterbrief für seine sechzigjährige Tätigkeit erhielt, steht bisweilen noch in der Metzgerei, erzählte mir Christoph Laschke. Um den neuen Herausforderungen zu begegnen, bietet die Fleischerei Laschke einen täglich wechselnden Mittagstisch, ein Steak-Tasting-Seminar und einen umfangreichen Onlineshop an. Bei einer Führung durch den gesamten Betrieb erläuterte mir Christoph Laschke die einzelnen Schritte in der Verarbeitung. Dabei wurden eindrucksvoll der Reifungsprozess und die verschiedenen Entwicklungsstadien seines Handwerks geschildert.

Der Familienbetrieb ist für mich ein sehr gutes Beispiel wie traditionelles Handwerk, Kreativität und Innovation Hand in Hand gehen.

BESUCH DER JOHANN-WALLIG-KITA IN BORKEN



Ende September habe ich die Johann-Wallig-KiTa in Borken besucht, die Teil des FamilienZentrums Sankt Remigus ist. Bei einer Führung durch die modernisierte Einrichtung wurden mir die verschiedenen Angebote und Räumlichkeiten gezeigt. Zukünftig wird es unter anderem neben den bereits bestehenden Kreativräumen auch ein Sprachlabor geben. Außerdem bietet die KiTa das „Café Netzwerk“ an, bei dem sich geflüchtete Familien mit Borkener Familien vernetzen können. Mich freut besonders zu sehen, dass die Kinder hier vollkommen befreit von jeglichen Vorurteilen miteinander umgehen. Mir wurde aber auch berichtet, dass es um den kulturellen Herausforderungen bei der integrativen Arbeit mit den Kindern gerecht zu werden, zukünftig gerade in der Eingewöhnungsphase Integrationshelfer zur Unterstützung des Teams

geben müsse. Die Fachkräfte in der Kita blicken zudem mit Sorge auf das weitere beitragsfreie Kita-Jahr. Denn ohne absehbare Unterstützung im Hinblick auf Personal und die Zusicherung weiterer Mittel werde dies zu erheblichen Problemen führen.

Wir als SPD-Landtagsfraktion werden uns weiter in Düsseldorf dafür einzusetzen, dass die Qualität der Kitas unter anderem durch einen verbesserten Personalschlüssel steigt. Die amtierende Landesregierung verfügt über Steuerermehreinnahmen in Milliardenhöhe. Und durch das „Gute-Kita-Gesetz“ von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey fließen in den nächsten Jahren 1,2 Milliarden Euro nach NRW. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat also die finanziellen Mittel, um Veränderungen herbeizuführen.

BESUCH DER SCHULDNER- UND INSOLVENZBERATUNG IN DÜLMEN



In der letzten Woche habe ich die Diakonie Beratungsstelle in Dülmen besucht.

Martin Reber (Bereichsleiter Coesfeld) und Heinz van Goer (Vorstand des Diakonischen Werkes des Evangelischen Kirchenkreises Steinfurt-Coesfeld-Borken) stellten mir in diesem Rahmen die Arbeit im Bereich der Schuldner- und Insolvenzberatung vor.

Im Gespräch schilderten die MitarbeiterInnen unter anderem die „künstliche Trennung“ zwischen der Schuldner- und Insolvenzberatung. Nur letztere würde vom Land finanziert werden, wobei jedoch gerade die Insolvenzberatung eine

professionelle Schuldnerberatung voraussetzen würde und in vielen Fällen ein Insolvenzverfahren überhaupt nicht notwendig sei. Die Gründe für eine Schuldner- bzw. Insolvenzberatung seien sehr vielfältig, betonten die BeraterInnen. Ein Grund, der auch mittlerweile in Kreis Coesfeld häufig zur Verschuldung beitrage, seien steigende Mieten. Ungefähr 39 % der Klienten verfügten über keine abgeschlossene Berufsausbildung, was deutlich dazu beitrage, dass es schwer sei, einen Arbeitsplatz zu finden.

Um vorliegende finanzielle Probleme nicht noch weiter zu verschärfen, wünschen sich die BeraterInnen, dass Betroffene früher zur Beratung kommen. Mit einer frühzeitigen professionellen Unterstützung könne man nämlich bereits viel erreichen.

Einblicke wie bei der Schuldner- und Insolvenzberatung sind von großem Wert für meine Arbeit. Chancengleichheit, die Förderung der Ausbildung junger Menschen sowie die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum sind nach wie vor ein Schlüssel zur Vermeidung finanzieller Probleme. Die schwarz-gelbe Landesregierung leistet aber mit ihrer Politik hierzu keinen Beitrag.

BESUCH DES APFELPARADIESES IN TÖNISVORST

Im September hatte ich die Gelegenheit das Apfelparadies in Tönisvorst mit meiner Kollegin Ina Spanier-Oppermann zu besuchen. Inhaber Bernd Schumacher zeigte uns seinen Betrieb und schilderte uns seinen Alltag als Obstbauer.

Dazu gehört zum einen die ständige Kontrolle des Bestandes, sowie die Auseinandersetzung mit Wetterlagen und Schädlingen. Im Zuge dessen verdeutlichte Herr Schumacher anhand eindrücklicher Beispiele aus seinem Alltag wie sich der Obstanbau durch den Klimawandel bereits verändert hat und welche neuen Herausforderungen sich daraus ergeben. So müssen Obstsorten angepflanzt werden, die mit den veränderten klimatischen

Bedingungen besser zurechtkommen. Dabei geht Schumacher auch neue Wege und probiert neue Obstsorten aus. Ein Gewinner der letzten heißen Sommer ist für ihn die Aprikose, die mit den veränderten klimatischen Bedingungen bei uns sehr gut zurecht kommt.

Unter dem Motto „Aus der Region – für die Region“, wird im Apfelparadies besonders Wert auf die regionale Vermarktung gelegt. Mit einem breiten Sortiment, der großen Vielfalt und der hohen Qualität sollen sich die regionalen Erzeugnisse von anderen Erzeugern abheben können. Neben den Äpfeln werden auch Süßkirchen, Aprikosen, Birnen und Pflaumen auf dem knapp 40 Hektar großen Gelände angebaut.

Das Apfelparadies verkauft seine Produkte in drei Geschäftsstellen: Düsseldorf-Wittlaer, Moers-Kapellen und Meerbusch-Strümp. Wer also mal in der Nähe ist, sollte unbedingt einen Abstecher ins „Paradies“ unternehmen.



KLIMASTARKE WÄLDER DURCH NACHHALTIGE WIEDERBEWALDUNG

Das Schlagwort „Waldsterben 2.0“ bündelt die diversen Bedrohungen durch den Klimawandel: Dürre, Hitze, Waldbrände, Stürme und aktuell die Schäden durch den Borkenkäfer. Um dem entschieden entgegenzutreten, muss ein nachhaltiger Waldumbau erfolgen. Nur so können die Wälder auch zukünftig den Folgen des Klimawandels standhalten und ein Ort biologischer Vielfalt sowie ein Grundwasser- und Sauerstofflieferant sein. Unsere Wälder sind unverzichtbar für den Klimaschutz, aber auch für Arbeit und Beschäftigung sowie die Freizeitgestaltung der Bevölkerung. In unserem Antrag zeigen wir wichtige Überlegungen auf, die für eine erfolgreiche Wiederbewaldung berücksichtigt werden müssen und fordern die Landesregierung zu konkreten Maßnahmen auf, um die Wälder in unserem Land nachhaltig zu bewirtschaften.

Auch bei einigen Waldbesuchen im Kreis Coesfeld in letzter Zeit ist deutlich geworden, dass auch die Wälder bei uns vor Ort unter anderem durch die letzten trockenen Jahre enorm gelitten haben. Die Auswirkungen und Veränderungen sind deutlich erkennbar. Die Zukunft unseres Waldes ist in vielerlei Hinsicht von größter Bedeutung, deswegen müssen wir jetzt handeln.

[Drucksache: 17/7542](#)

BESUCH DER BÄCKEREI GROTE IN DÜLMEN



Die Bäckerei von Hermann Grote wurde in diesem Jahr mit dem Ehrenpreis „Meister.Werk.NRW“ des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet. Aus diesem Anlass habe ich den Betrieb besucht und Hermann Grote in der Backstube über die Schulter geschaut. Dabei durfte ich sogar mein erstes Schokocroissant selbst herstellen.

Mit dem Ehrenpreis werden herausragende Betriebe des Lebensmittelhandwerks geehrt, die einerseits regional verankert sind und andererseits sich in besonderem Maße den gesellschaftlichen Anforderungen annehmen. Um auch in Zukunft regionale handwerkliche Backwaren anbieten zu können, müsse mehr für den Bäckerberuf geworben werden, berichtete mir Hermann Grote. Auch bat Grote um

mehr Austausch mit den regionalen Betrieben und den Abbau von bürokratischen Hürden. Diese Anregungen werde ich für meine weitere Arbeit mitnehmen. Viele Kunden wollen regionale Produkte – und damit das auch so bleiben kann, müssen wir genau solche Betriebe unterstützen.

PRAKTIKUMSBERICHT VON DANIEL HESKER

Um die Wechselwirkungen zwischen Politik und Recht besser zu durchdringen und einen praktischen Einblick in die politische Arbeit auf Landesebene zu bekommen, habe ich mich zum Ende meines Jurastudiums in Bielefeld bei meinem heimischen Landtagsabgeordneten André Stinka beworben.

Mein Name ist Daniel Hesker, ich bin 24 Jahre alt, komme aus Dülmen, befinde mich in unmittelbarer Vorbereitung auf mein 1. Staatsexamen, und habe in den vergangenen vier Wochen im Landtag sowie im Wahlkreis ein freiwilliges Praktikum absolviert.

Während dieser Zeit nahm ich an Anhörungen, Fraktions- sowie Ausschusssitzungen teil und konnte auch das Plenum „live“ von der Besuchertribüne aus mitverfolgen. Ferner begleitete ich André Stinka bei Besuchen von Schülergruppen und zahlreichen Terminen im Wahlkreis. Herzlich aufgenommen vom Team, konnte ich unmittelbar an der praktischen Arbeit teilnehmen. Von der Vorbereitung von Podiumsdiskussionen beispielsweise zur Novellierung des Kinderbildungsgesetzes, bis hin zum Verfassen von Pressemitteilungen, der Recherche zu politischen Problemen und der Beantwortung von Anfragen aus dem Wahlkreis begeisterte vor allem die Themenvielfalt.

Für die Gelegenheit, einen Einblick in die Arbeit eines Landtagsabgeordneten in der derzeit turbulenten Phase des politischen Diskurses rund um die zukünftigen Herausforderungen der Gesellschaft erhalten zu haben, bin ich André Stinka und seinem Team äußerst dankbar. Die Arbeitsstruktur des Abgeordneten und seines Teams und die Bewältigung der großen Themenvielfalt werden mir noch lange in Erinnerung bleiben und meine zukünftige Sicht auf die Landespolitik prägen.

